

KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG WESTFALEN-LIPPE
ZAHNÄRZTEKAMMER WESTFALEN-LIPPE
Körperschaften des öffentlichen Rechts

Presseinformation

Alarmierender Protest der Zahnärzteschaft in Westfalen-Lippe: Bundesregierung spart auf Kosten der Mundgesundheit von Patientinnen und Patienten

Münster, 13. April 2023 Die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Parodontitis läuft demnächst auf Sparflamme. Das von der Bundesregierung eingeführte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) fährt die Mittel für eine moderne Parodontitisversorgung unverantwortlich zurück. Damit kann der bestehende Behandlungs- und Nachsorgebedarf nicht therapiert werden.

Die Zahnärzteschaft in Westfalen-Lippe ist in großer Sorge: Diese Kürzungen stellen eine massive Einschränkung der zahnärztlichen Versorgung für die Bevölkerung dar. Die Parodontitis ist eine echte Volkskrankheit und betrifft Millionen Bürgerinnen und Bürger. Auf dem größten deutschen Zahnmediziner-Kongress in Gütersloh haben zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich mit einer Resolution direkt an Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach gewandt, um die unhaltbare drastische Budgetierung dieses Leistungskomplexes wieder aufzuheben.

Dr. Holger Seib, Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KZVWL), erklärt: „Als Vertretung der Zahnärzteschaft in Westfalen-Lippe können wir diese Kürzungen des Behandlungsbudgets nicht akzeptieren. Sie gefährden die zahnärztliche Versorgung unserer Patienten, gerade bei der Behandlung von Parodontitis. Das GKV-FinStG kappt jetzt Leistungen, die nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft – und mit Blick auf eine künftige Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen – erst im Juli 2021 eingeführt wurden. Das war ein echter Meilenstein in der zahnmedizinischen Versorgung. Und nicht mal 1,5 Jahre später werden die dafür notwendigen Mittel wieder gestrichen. Wir fordern die Politik auf, die Kürzungen bei der Parodontistherapie zurückzunehmen.“

Jost Rieckesmann, Präsident der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe, ergänzt: „Die strikte Budgetierung von zahnärztlichen Leistungen spart an der völlig falschen Stelle. Vorsorge und Zahnerhalt sind besser und günstiger als Zahnersatz. Überdies können durch eine moderne Parodontitis-Behandlung negative Auswirkungen bei Herz-Kreislaufkrankungen, beim Diabetes, beim Rheuma oder während der Schwangerschaft wirksam gemindert oder vermieden werden. Die Zahnärzteschaft protestiert geschlossen gegen diese fatale Sparpolitik auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten.“

Parodontitis – Muss man das behandeln? Ja!

Im Erwachsenenalter gehen im Durchschnitt mehr Zähne durch eine Parodontitis verloren als durch Karies. Am Anfang verursacht Parodontitis keine Schmerzen, daher bemerken viele Betroffene die Erkrankung teilweise über Jahre nicht. Typische Symptome sind gerötetes, entzündetes Zahnfleisch, Zahnfleischbluten und Mundgeruch sowie Zahnfleischrückgang, Zahnlockerungen oder gar Zahnverlust. Eine Parodontitis sollte daher immer behandelt werden.

Aktuell ist laut Deutscher Mundgesundheitsstudie (DMS V) jeder zweite Erwachsene in unterschiedlicher Ausprägung von dieser gravierenden chronischen Erkrankung betroffen.

Ansprechpartnerinnen:

KZVWL:

Christine Dedeck

Tel.: 0251/507-350

Mail: christine.dedeck@zahnaerzte-wl.de

ZÄKWL:

Christina Conradi-Starr

Tel.: 0251/507-508

Mail: christina.conradi-starr@zahnaerzte-wl.de

Über die KZVWL:

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KZVWL) vertritt rund 5.800 Vertragszahnärzte in Westfalen-Lippe gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen, sichert die zahnmedizinische Versorgung für gesetzlich Versicherte und beschäftigt über 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Münster.

Über die ZÄKWL:

Die Zahnärztekammer Westfalen-Lippe (ZÄKWL) ist die berufliche Vertretung der rund 8.350 Zahnärztinnen und Zahnärzte in Westfalen-Lippe der Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold und Münster. Sie vertritt die berufsrechtlichen, berufsethischen und allgemein-zahnärztlichen Belange zur Sicherung einer hochwertigen zahnärztlichen Versorgung der Bevölkerung. Die ZÄKWL ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.